

Zeitungspreis:

Belegblätter 10.00 Mk., monatlich 3.00 Mk., fest im Voraus gegen Nachnahme...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Voll u. Zeit' erscheint wochentäglich zweimal Sonntags einmal...

Telegraphische Adressen: 'Sozialdemokrat Berlin'.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Nonpareilzeile kostet 2.- Mk., Anzeigensatz 60%...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Montag, den 23. Februar 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Die Londoner Konferenz.

London, 22. Februar. (Reuter.) Die Ministerpräsidenten von Frankreich und Rumänien, der italienische Minister...

Frankreich und die Internationale.

Paris, 22. Februar. Auf dem Kongress des Seine-Verbandes der sozialistischen Parteien erhielt der Antrag Voriot zugunsten der dritten Internationale 8630 Stimmen...

Die Berlin ist auch die französische Hauptstadt die Hochburg der Ultraradikalen. Vor 14 Tagen hatte man auf der Tagung des Seineverbandes nicht eingewilligt...

Der drohende Baltikumer.

Folgender Brief ging uns am heutigen Tage zu:

An Berliner 'Vorwärts'. 21. Februar 1920. Herr Redakteur!

Lange genug haben wir baltischen Soldaten Langmut gegen Ihre Begartigkeit geübt. Ihr Verhalten zu unserem vaterländischen Beginn gegen den unabhängigen Verräter des Deutschtums...

Die letzten Zeilen haben uns veranlaßt, dieses Schreiben, anstatt es gleich den übrigen Schmah- und Drohbriefen, die unsere allmorgendliche Herzverstarkung sind...

Nach Auskunft, die wir von einer amtlichen Stelle erhalten, steht nun übrigens doch fest, daß die meisten Ruhestoder keine Baltikumer...

Die Marinebrigade 2 gilt übrigens als exzentrionare Truppe. Die Offiziere dieser Brigade tragen vielfach das antisemitische Hakenkreuz als Abzeichen an der Brust...

Ein Weltbund der Kriegsteilnehmer.

Henri Bordusse bittet, einem Aufruf Raum zu geben, der sich an die Soldaten aller Länder wendet, die gegeneinander Krieg geführt haben...

Er weist darauf hin, daß man keine Partei nicht mit der heutigen Regierung Frankreichs verwechseln möge. Er will, daß der Genfer Kongress das tugliche Antowachen eines neuen Militarismus...

Auslieferung deutscher Schwimmdocks.

Paris, 22. Februar. Nach dem 'New York Herald' hat die Botschafterkonferenz in ihrer gestrigen Sitzung Frankreich, England und Sudslawien vier Schwimmdocks von der deutschen und sterreichischen Marine zugesprochen...

Amerikas Vorbehalt.

Washington, 22. Februar. (Reuter.) Der Senat hat mit 88 gegen 12 Stimmen einen Antrag auf Abandderung des Vorbehalts Lodge's bezüglich des Austritts der Vereinigten Staaten aus dem Völkerbund abgelehnt...

Die Abstimmung in der zweiten Zone.

Hilfenburg, 22. Februar. (Z. U.) Gestern traf hier aus Hamburg ein Telegramm ein, in dem 5000 Stimmberechtigte ankündigten, daß sie demnach herbeiziehen werden...

nationale der Intellektuellen, die sich in einem Bunde, der 'Carte', zusammenschließen. Der Weltbund der ehemaligen Kriegsteilnehmer...

Das zunehmende Kinderelend und die Mittel, ihm zu steuern.

Der bekannte Professor Dr. Emil Abderhalden sendet uns eine Darstellung gegenüber einer durch die Zeitungen gegangenen Notiz, die sich dahin äußerte, daß das Reichsgesundheitsamt sterreichische Kinder nach Deutschland eingeladen habe...

Zwei Umstände sind es, die der Unterbringung stark unterernahrter Kinder auf Freistellen im neutralen Ausland große Schwierigkeiten bereiten. Einmal verursacht der Sturz der Valuta...

Der bekannte Professor Dr. Emil Abderhalden sendet uns eine Darstellung gegenüber einer durch die Zeitungen gegangenen Notiz, die sich dahin äußerte, daß das Reichsgesundheitsamt sterreichische Kinder nach Deutschland eingeladen habe...

Zur Gedächtnisfeier für Bebel. In dem Bericht über die Gedächtnisfeier für August Bebel im heutigen Morgenblatt ist in dem Satz: 1883 wurde der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein in Leipzig unter seiner und Lassalles Führung gegründet...

Im Winterstock. Die allwaltigen Ebinger haben immer noch ein Kgl. Er-Landratsamt, wie dies Belegstempel erweisen. Zwar war seitens des Ministeriums des Innern schon vor etwa 4 Wochen Befreiung der Stempelsteuer zugesagt...

Der Gewerkschaftskonflikt.

Der Konflikt, der in der Berliner Gewerkschaftskommission um die Wahlen zu den Betriebsräten ausgebrochen ist, stellt die Berliner Arbeiterbewegung an einen Wendepunkt...

Natürlich versucht man es jetzt auf der anderen Seite so darzustellen, als suchten die Korften und Genossen einen Vorwand zur Spaltung. Glauben kann das nur, wer von den Vorgängen, die sich in den letzten Monaten abgespielt haben, keine Ahnung hat...

Jetzt hat das Verhalten der U.S.P.-Fraktion der Berliner Gewerkschaftskommission all diesen Bemühungen ein Ende bereitet. Die U.S.P.-Fraktion hat beschlossen, die Betriebsratewahlen zu einer parteipolitischen Kampfhandlung gegen die Sozialdemokratie zu gestalten...

An gutem Willen, gewerkschaftliche Disziplin zu halten, hat es auf sozialdemokratischer Seite niemals gefehlt. Beweis: Am 22. Januar beantragten die sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionäre den Genossen Prolat, sich an die Gewerkschaftskommission zu wenden...

Jetzt schreibt die 'Freiheit': Wie wir in den letzten Tagen bereits mehrfach nachgewiesen haben, ist der erste Schritt zur parteipolitischen Anwendung der Betriebsratewahlen von der S. P. D. unternommen worden...

Das sozialdemokratische Flugblatt ist am 18. Februar erschienen, fünf Tage nachdem die U.S.P.-Mehrheit der Gewerkschaftskommission von ihrem Herrenstandpunkt aus Verhandlungen abgelehnt und eine Kampfanlage erlassen hatte!

Wer, was sollen die Streitereien darüber, wer angefangen hat? Die Entscheidung liegt jetzt beim Allgemeinen Gewerkschaftsbund, und da wird es sich schon herausstellen, wer Disziplin hält und wer sie bricht...

Die Sozialdemokratie steht auf dem Standpunkt, daß die gesetzliche Einrichtung der Betriebsräte dazu ausgenutzt werden muge, Rechte und Interessen der Arbeiter in den Betrieben zu vertreten. Die Unabhängigen wollen dagegen die gesetzlichen Räte zugunsten ihrer phantastischen Vorstellung...

Das Betriebsrätegesetz ist, wenn es richtig ausgelegt wird, ein entscheidender Schritt zu einer wirklichen Revolution. Zeigen die gewählten Betriebsräte, daß sie in die Geheimnisse der Betriebsleitung eindringen können und daß ihre Sachkunde sich von Unternehmern und Direktoren keinen blauen Dunst vormachen läßt, dann ist eine entscheidende Schlacht im Klassenkampf gewonnen. Lassen sie aber ihren Blick vom Phrasendunst trüben, verfolgen sie, dann ist der erste Versuch, die Selbstherrlichkeit des Kapitals einzuschränken, mißlungen, und das Ergebnis wird nicht das „revolutionäre Räteystem“, sondern die Unternehmerdiätatur sein.

Weil die Sozialdemokraten diese ungeheure Gefahr sehen, können sie den Unabhängigen auf dem Weg, den diese betreten haben, nicht folgen. Aber — Weg, ist das überhaupt ein Weg? Wir haben ja gehört, daß die U.S.P.-Herren von der Gewerkschaftskommission zunächst überhaupt nicht wußten, ob man sich an den Wahlen beteiligen sollte oder nicht. Zwischen Beteiligung und Nichtbeteiligung hin- und herzuwanken, entschloß man sich zu dem Kompromiß, was mitzumachen aber im Grunde doch nur, um die Sache, wie der Berliner sagt, zu „vermasseln“. In ein paar Wochen wird man wahrscheinlich auch schon wieder zu der Erkenntnis gekommen sein, daß diese Taktik ein Unsinn war. Aber die Kosten werden mittlerweile von den Arbeitern schon bezahlt sein!

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsmitglieder können die Berliner Arbeiter nicht widerspruchlos einer Führung überlassen, die ganz offensichtlich selber nicht weiß, was sie will, die die Folgen ihrer Handlungsweise nicht abzuschätzen imstande ist und die schließlich immer dazu geneigt ist, daß, was ihr an klarem Verständnis für die Arbeiterinteressen abgeht, durch einen wüsten Rabaulon und gewalttätiges Vorgehen zu ersetzen. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsmitglieder haben eine derartige Führung satt, und uns will es scheinen, als ob es der großen Masse der Berliner Arbeiterschaft genau ebenso ginge.

Darüber wird noch manches deutliche Wort zu reden sein. Wird sind guten Mutes, denn wir wissen, daß die Tyrannie des Unsinns rascher abwirft als die der Vernunft. Der Kampf ist aufgenommen, sein Ziel heißt grundsätzliche Klarheit und Befreiung der Berliner Arbeiterschaft vom Terrorismus der leeren Phrasen.

Die Fronterdolchung.

Das Geständnis des Freiherrn von Nordhoff, daß sich der Satz von der „erdolchten Front“ nicht aufrecht erhalten läßt, kommt seinem Parteigenossen, dem Grafen Reventlow, sehr unlegen. Wiederum opfert er einen ganzen Zeitarbeits — den niedlichsten nun bereits — für den Nachweis, daß die Front zwar nicht erdolcht, aber „durch schlechendes Gift von hinten vergiftet“ worden sei. Er ist aber nicht imstande, seinen alten, hier bereits fünfzehnmals widerlegten Ledentütern auch nur einen einzigen neuen Beweis hinzuzufügen. Die alten Kamellen von den „Streifbrechern“ und die Renommistereien des unabhängigen Rogdenburger Brühlhans Vater sind für uns ein für allemal erledigt, nachdem wir die wirkliche Bedeutung bzw. absolute Bedeutungslosigkeit dieser Dinge haarklein nachgewiesen haben. Dagegen ist folgendes Jugeständnis des Grafen Reventlow nicht ganz uninteressant:

Man erklärt, die deutschen Offiziere hätten ihre Truppen nicht verlassen, sie nicht handelt, mit Haß und Unlust erfüllt. Gewiß, vieles ist da nicht so gewesen, wie es hätte sein sollen. Und wenn tatsächlich Offiziere für solche Vergehen zu wenig bestraft worden sind, so sind wir die ersten, welche das mißbilligen. Wenige Dinge sind gemeiner, als Mißhandlungen und besonders Untergebenen.

Wir wollen dem Grafen Reventlow, der ja als Sinterfrontmann die Dinge nur vom Hörensagen kennt, gerne aus eigener Erfahrung bestätigen, daß solche Dinge nicht nur vorgekommen sind, sondern eine viel größere Rolle gespielt haben, als er anzunehmen scheint. Er soll nur auf diesem Wege der Mißbilligung fortfahren, dann wird er bald

Die neue Volksbildungsbewegung.

Jeherer Zusammenschluß der deutschen Volksbildungsbewegungen.

Der Ausschuh der deutschen Volksbildungsbewegungen, dem die größeren Organisationen dieser Art — auch die sozialdemokratischen — angehören, hielt am Sonnabend im Reichsministerium des Innern einen Vertretertag ab. Der bisherige Geschäftsführer, Dr. v. Erdberg, gab einen kurzen Bericht über die Tätigkeit des Ausschusses. Er betonte, daß der bisherige Zusammenschluß, der während des Krieges auf einer gemeinsamen Tagung in Weimar erfolgte, ein zu loser gewesen sei. Der ungeheure Aufschwung, den gerade das Volksbildungswesen seit der Revolution genommen hat, verlangt den festeren Zusammenschluß der auf diesem Gebiete tätigen Organisationen sowie die Schaffung einer leitfähigeren Zentrale mit einer leistungsfähigen Geschäftsstelle. Dabei handelt es sich nicht um eine Schematisierung des Bildungswesens. Jede Organisation soll ihre Eigenart und Selbstständigkeit behalten. Aber zur Vermeidung jeglicher Zersplitterung und damit Vergewandung der Kräfte, zur Förderung der vielseitigen, für alle Teile gemeinsamen Kulturaufgaben, zur Sammlung und Verwertung des einschlägigen Materials, der Erfahrungen brauche man eine Körperschaft, die den neuen Aufgaben der Zeit gewachsen ist. Damit zu verbinden ist die Schaffung eines Volksbildungsparlaments, das jährlich mindestens einmal eine öffentliche Tagung abhält. Hier soll zu wichtigen gemeinsamen Fragen Stellung genommen, von den einzelnen Verbänden Bericht, erstattet und gegenseitige Erfahrungen ausgetauscht werden. Ferner ist die Bildung von Sachverständigenausschüssen notwendig.

Unterhauptschleier Heinrich Schulz ergänzte die Ausführungen des Geschäftsführers nach einigen Seiten hin. Die Wandlung der innerpolitischen Verhältnisse hat eine starke Einstellung der öffentlichen Körperschaften auf das Bildungswesen gebracht. Staat und Gemeinde sind auf diesem Gebiete sehr regsam. Dadurch wird das freie Volksbildungswesen nicht überflüssig. Die Arbeit beider Teile muß sich ergänzen. Die Einwirkung in die Massen kann nur mit Hilfe der Volksbildungsorganisationen erfolgen. Eine geeignete Verbindung zwischen beiden Teilen ist zu schaffen, und zwar durch gemeinsame Ausschüsse, die alle Kreise umfassen, die ernsthafte Bildungsarbeit leisten. Solche Ausschüsse müssen sich sowohl in den Gemeinden wie in den Provinzen und Landesstellen bilden. Besonders wichtig ist eine gleiche Körperschaft für das Reich. Das Reich braucht zur Beratung und Förderung seiner kulturpolitischen Aufgaben eine Instanz, die die Trägerin des freien Volksbildungswesens ist und durch Zusammenschluß aller großen Verbände über die notwendige Autorität und Sachkunde in allen Bildungsfragen verfügt. Eine solche Instanz kann nur durch

die wirklichen Erdolcher der Front erkennen. Sie sind auch äußerlich sehr leicht dadurch kennbar, daß sie tatsächlich meist mit einem Dolch im Gürtel herumlaufen, um den ein silbernes Portepöge geschlungen war.

Nieder die Pazifisten!

Nach diesem edlen Grundlag wird nicht nur in Berlin verfahren, sondern auch Stuttgart erfreut sich solchen rabaulstigen Gefindels. Die U.S.P. meiden hierzu:

In einer vorgestern abgehaltenen Versammlung der Friedensgesellschaft führten nationalpolitische Elemente stürmische Szenen herbei. Schon der erste Redner, der heftige Kultusminister Dr. Siederer, wurde beständig unterbrochen. Als dann Prof. Dr. Nicolai sprechen wollte, wurden gegen ihn Beschimpfungen geschleudert, die eine Schlägerei zwischen Anhängern der Friedensgesellschaft und den Nationalisten auslöste, wobei ein Teilnehmer am Kopfe verletzt wurde. Ein ehemaliger Hauptmann der Pfliegerstaffel Reu-Ruppin, Doerr, erhob gegen Nicolai den Vorwurf der Fahnenflucht und der Verleitung dreier Soldaten zur Desertion, worauf sich nun wieder eine heftige persönliche Auseinandersetzung zwischen Nicolai und Doerr entwickelte.

Die Störung mißliebiger Versammlungen durch rabaulstige Elemente wird nachgerade Methode. Die „Baltikum“ machen Schule in Deutschland!

Durch die Lektüre gewisser Blätter...

Wenn überhaupt noch ein Zweifel darüber bestehen konnte, wer als der Hauptschuldige in dem Erzberger'schen Attentatsprozeß auf der Anklagebank sitze, so ist dieser Zweifel durch eine Feststellung in den Anklageakten des v. Siraßfeld beseitigt, die verdient, aus dem Rahmen des Prozesses hervorgehoben und rechtzeitig der Vergessenheit entrissen zu werden. In der Anklage nämlich wird gesagt, daß Siraßfeld durch die Lektüre verschiedener Zeitungen den Entschluß gefaßt habe, auf Erzberger loszugehen.

Wird jetzt die „Deutsche Tageszeitung“ noch die Stirn haben, die Revolutionsatmosphäre für den Mordplan des Junkers v. Siraßfeld verantwortlich zu machen? In diesem Falle wird es leicht sein, sie an Dand der Anklageakten rechtzeitig etwaiger Fälschungsversuche zu überführen, ein für alle Mal die unauslöschliche Schuld ihrer selbst und der sich um sie und ihren Vusenfreund Helfferich gruppierenden Kreise einwandfrei festzustellen und damit von vornherein jeden Versuch einer Fälschung der geschichtlichen Tatsachen zu unterbinden.

Die objektivste Behörde in Hinterpommern.

Aus Köslin (Hinterpommern) geht uns ein beachtenswerter Bericht über die Reaktion bei den dortigen Justizbehörden zu. An der Hand zahlreicher Einzelfälle wird nachgewiesen, daß die dortige Staatsanwaltschaft, die ja bekanntlich die objektivste Behörde ist, sich immer noch als Instrument des verfallenen Systems zu betrachten scheint. Die erst seit kurzem gegründete „Vollzeitung für Hinterpommern“, das sozialdemokratische Organ, wird von der objektivsten Behörde mit einer Aufmerksamkeit bedacht, die selbst an die Vera Zeffenbof und die Ball des Sozialistengesetzes erinnert. Der Inhalt der Zeitung wird an einer gewissen Stelle sorgfältig geprüft, die es für ihre Pflicht erachtet, Notigen, in denen deutschnationale angegriffen werden, den Betroffenen besonders zuzustellen mit dem Ersuchen, Strafantrag zu stellen. Erfolgt dann ein solcher Strafantrag, so wird der Betroffene, auch wenn es sich um recht gleichgültige und mehr private Dinge handelt, nicht etwa, wie jeder andere Sterbliche, auf den Weg der Privatklage verwiesen, sondern die Staatsanwaltschaft erhebt selber die Klage „im öffentlichen Interesse“ und eröffnet das amtliche Verfahren.

festeren Zusammenschluß zu einem Zweckverband geschaffen werden. Als Geschäftsführer muß eine Persönlichkeit gefunden werden, die sowohl geistig wie organisatorisch den neuen Aufgaben gewachsen ist.

In der ausgiebigen Diskussion kamen die Vertreter aller Richtungen zum Wort. Besonders die Frage der Finanzierung und des Verhältnisses des freien Volksbildungswesens zum Staate wurden ausführlich erörtert. Fast einmütig kam zum Ausdruck, daß die neue Organisation die Bildungsaufgaben von Staat und Gemeinde nach Kräften antreten und fördern, aber im übrigen völlig selbstständig bleiben müsse. Andererseits sei es aber auch Pflicht des neuen Volksstaates, mehr als bisher Mittel für die Aufgaben des freien Volksbildungswesens zur Verfügung zu stellen.

Einmütig beschlossen wurde, einen „Verband der deutschen Volksbildungsbewegungen“ zu gründen. Die von einer Kommission durchgeführten Beratungen wurden in ihren Grundzügen genehmigt, im übrigen dem bisherigen Ausschuh zur endgültigen Festlegung überwiesen. Dieser soll auch bis zur Wahl des Vorstandes der neuen Organisation die Geschäfte weiterführen und insbesondere die Einrichtung einer leistungsfähigen Geschäftsstelle sowie die Einberufung eines deutschen Volksbildungstages vorbereiten.

So hat die Tagung, die im übrigen noch wertvolle Anregungen bot, grundlegende Arbeit geleistet. Sie wird mit ihren Beschlüssen der deutschen Volksbildungsbewegung einen mächtigen Ansporn geben, ihr aber zugleich auch den Weg zu einem zielbewußten, alle wertvollen Kräfte zusammenfassenden Schaffen ebnen. rw.

Zweites Konzert des Verbandes der freien Volksbühnen. Es fand im Reichen Schönborgs und war ein Experiment, das nicht vor das Forum ungebildeter, genussuchender Menschen gehört, sondern in das Studierzimmer der Musikantigen. Man könnte ja nun sagen, daß der Verkauf des vollen Hauses die Berechtigung des doppelt genagten Versuchs bestätigt. Dem ist nicht so. Das war nicht Rubel, sondern bewegtes Anschließen aus der Erwartung, war Respektlosgebung einer prachtvoll erzeugten Menge, die glaubt, Verdrückes erleben zu haben, weil der Anteil gerade von dieser sonntäglichen Sammlungsstätte aus erfolgte. So unkritisch sind die Männer und Frauen, die sich erst der Troica oder dem Brahmischen Quartett ihre Seelen geöffnet haben, nicht, daß sie von gestern auf heute sich und ihr Gemüt und ihr Ohr so ganz und gar anders einrichten können; so technisch bewandert nicht, daß sie den Wiederholungstücht und ewig-flarer Tongewohnheiten angehöre dieser Wirklinge über den Haufen werfen wollen.

Daß die Neuordnung der Töne vom Ringenden Dreiklang der Zeiten zum Quartettstimm zu einer anderen Art Musik führen muß, ist sicher. Daß dazu aber außer einer Theorie und einer Zeit, die jedem aparten und absonderlichen Reiz günstig ist, auch ein wirklich physiologisch anders geartetes Ohr gehört, um aus Gemädem Kunst und Schönheit herauszuerlösen, das scheint mir ebenso fundamental, wie schließlich die letzte keine Beobachtung, daß eben bisher diese neue Kunst noch kein podendes, Überzeugendes, außer-

Dies geschieht in einer Zeit, in der die deutsche nationale Presse von Hinterpommern tagtäglich die gemeinsten und schmutzigsten Angriffe gegen die Regierung und einzelne Minister bringt. Diese Angriffe aber scheinen der Kösliner Staatsanwaltschaft völlig zu entgehen, die jedenfalls in amtlicher Eigenschaft diese Blätter nicht liest, denn gegen diese Blätter ist bis heute noch kein öffentliches Strafverfahren eingeleitet worden.

Vielleicht nimmt man im Justizministerium einmal Anlaß, sich genauer mit der Objektivität der Hinterpommerschen Staatsanwaltschaft zu beschäftigen.

Eine königliche Steuerkommission.

Daß zahllose Behörden noch immer das königliche Wappen führen und sich in Briefen usw. stolz nach wie vor als „königlich“ bezeichnen, ist ein Vorgang, der seiner allzu großen Häufigkeit wegen kaum noch erwähnt zu werden verdient. Der Veranlagungskommission in Steglitz jedoch blieb es vorbehalten, ausdrücklich die Tatsache, daß sie sich noch immer als im Dienste einer königlichen Behörde befindlich fühle, handchriftlich festzulegen. In einer Mitteilung über eine Steuerangelegenheit findet sich folgender Satz:

„Wegen dieses Bescheid steht Ihnen die Beschwerde an den Herrn Finanzminister zu.“

In diesem Satze nun sind die Worte des „Herrn Finanzminister“ durchgestrichen und durch die Worte „Die königliche Regierung in Potsdam“ ersetzt. Unterzeichnet ist das famose Schreiben von einem Geheimen Regierungsrat Dr. Kühne. Mit dieser Methode der Verhöhnung unserer Regierung dürfte der Herr Geheimrat wohl den Gipfel der Unverschämtheit erstiegen haben. Soffentlich gibt ihm die republikanische Regierung mit der gleichen Eindeutigkeit ihre Meinung zu verstehen, wie es in ähnlichen Fällen widerwertigen Beamten gegenüber die alte königliche Regierung verstand; vielleicht imponiert ihm dann das neue System etwas mehr.

Parteihilfe!

Aus sozialdemokratischen Lehrerkreisen Oberschlesiens gehen uns folgende beachtenswerte Ausführungen zu:

Die sozialistischen Lehrervereinigungen führen einen harten Kampf gegen die reaktionären Kräfte, die sich ihnen von allen Seiten entgegenstellen. Ihre Wirksamkeit wird aber nicht nur durch diese, sondern auch durch die Erlasse über die Offenlegung der Personalakten und die Schulleitung gehemmt. Man fürchtet offenbar einen Sturm der Entrüstung, wenn das Unrecht an den Tag käme, das den Lehrern und Beamten von früheren Vorgelegten zugestanden wurde. Es muß viel gesündigt worden sein, wenn man sich jetzt nicht über ein verfassungsmäßiges Recht den gequälten „Untergebenen“ vorzuenthalten und Ungerechtigkeiten, unter denen mancher Lehrer und Beamte jahrelang gelitten hat, ungeahnt zu lösen.

Durch das Klassenbesuchsrecht der Rektoren wird das Spieß- und Denunziantentum unglaublich begünstigt. In dieser Einrichtung erblickt die Lehrerschaft das wirksamste Mittel der reaktionären Behörden, die Lehrerschaft im alten Dürftersinne niederzubalten. Wenn den Arbeitsgemeinschaften sozialdemokratischer Lehrer solche Steine in den Weg gelegt werden, so können sie sich nicht so entfalten, wie es sonst möglich wäre. Selber erhalten die ministeriellen Erlasse Zustände aufrecht, um deren Beseitigung die gesamte Lehrerschaft mit ganzer Kraft kämpft.

Da die Vereinigungen sozialistischer Lehrer allein nicht stark genug sind, um diese Hindernisse aus dem Wege zu räumen, so möge die sozialdemokratische Partei energisch an ihre Seite treten. Rücksichten auf reaktionäre Einflüsse zu nehmen, ist hier ganz unangebracht. Das haben viele der sozialistischen Ideen gegenüber auch nicht getan. Entweder legt die Partei ihre Ziele in die Willkür um oder sie überläßt dem alten Regiment ganz das Feld. Bei der jetzigen Zwitterstellung kommen die sozialistischen Arbeitsgemeinschaften nicht vorwärts.

halb der sadistischen Einsicht imponierendes und aufstrebendes Werk hervorgebracht hat. Auch diese Kammerchorie ist nur ein kunstfertig gelöstes Konstrukt, impulsiv im Rhythmus, farblich in der Instrumentenbelegung, aber grobsteil abstrag in Melodien, formlos, ungebärdig, sinnwidrig und unverständlich in der Verarbeitung, in der Verteilung, in der Bindung des thematischen Substrats. Was soll das in der Volksbühne, wo man gemeinlich keine Fortschritte liest und nichts von Querständen und Gangtonleitern weiß? Da ist kein Kampffeld, kein Ort für Experimentieren. K. S.

Richard Dehmel zum Gedächtnis. In einer Erinnerungstagsfeier für Richard Dehmel hatte sein Verleger Fischer am Sonntag mittig in den Saal der Sezeßion geladen. Das Nahe-Wartze und Prof. Karl Ludwig Schleich, der berühmte Chirurg, sprach die Gedenkrede. Er freierte in Worten, die aus weidem Dergent kamen und in süßende und dankbare Herzen gingen, den Menschen Dehmel, der ein Schöpfer, ein Heißsporn, Held und Dichter zugleich war. Schleich nannte es ein paradoxes Geschick, das dem ewig warmblütigen, dem Manne der Bewegung in der Todeskrankheit das Mut gerinnen ließ. Er wies auf die ausgleichende Einheitslichkeit von Herz und Verstand dieses Dichters hin, der bei aller Ausschweifung der Gedankenmalerei seiner geistigen Persönlichkeit durch Bescheidenheit Wertverwertung ließ. Das Ringen des großen Menschen, das Schwanken der lichten Seele zwischen dem Dämon und dem Genius — es war bedeutender Wesenzug auch Richard Dehmels, der einmal gesagt, daß er nicht gut sei, sondern durch seinen Willen, durch sein Wollen erst gut werden müsse. Nur ein wahrhaft guter Mensch oder wird so von sich sprechen, von Zweifeln befreit. Und das Menschliche ist es, was letzten Endes den Unterschied erklärt zwischen dem Schriftsteller und dem Dichter. Die Persönlichkeit, die über das Verstandesmäßige hinaus es vermag, das Ohr an den Herzschlag der Zeit zu legen, die Augen in die Trübsal der Umgebung des Volkes zu versenken, die erst wird auch im Volke die Liebe ernten, die dem Dichter gebührt.

Rach Schleich vor Erregung zitternden Worten sprach Roiffi. Er ergänzte die Gedenkrede, indem er die Wahrheit ihres Inhalts bezeugte; er trug ein paar der schönsten Gedichte vor, in erzeigender, aufwühlender und so prachtvoll vermittelnder Weise, daß die Zuhörenden aufrichtig mitgenommen waren. Die Dichtungen waren klar gewöhnt, denn sie gaben über die Welschheit Dehmels herab den Ausschuh; sie erwiesen seine phantastische Stimme, sein musisches Erörtern, seine Liebe und sein edles Verstehen der Volksseele, sein glühendes Temperament. hoo.

Der medizinische Velehrungsstimm „Die Gesaltesistrant. heilen und ihre Folgen“ wird bis auf weiteres jeden Freitag und Sonnabend 4 1/2 Uhr nachmittags, Sonntag 11 Uhr vormittags im Lausitzpalast, jeden Montag und Dienstag 4 1/2 Uhr nachmittags in den Kammerakademien, jeden Mittwoch und Donnerstag 4 1/2 Uhr nachmittags im U. L. Alexanderplatz, zu vernünftigen Preisen vorgeführt.

Ein „Allgemeiner Bund der Geistesarbeiter“ Frankreich ist vor einigen Tagen beschlossen worden. Die Organisation soll so umfassend werden, daß sie etwas früher in keinem Lande existierendes sein wird. Burscht wird die Verfassung der Vereinigung ausgearbeitet.

Der Kampf um Einstein.

Wir erhalten folgende Aufschrift: Der Artikel Ihrer Abendausgabe vom 19. Februar behandelt unter der Überschrift „Wolf der Dichter und Denker“ die einseitigen Angriffe auf Prof. Einstein in der „Deutschen Zeitung“. Wenn auch dadurch die Persönlichkeit Prof. Einsteins in keiner Weise berührt werden kann, wäre es doch wünschenswert, wenn bei einer solchen Gelegenheit einmal endlich festgestellt würde, daß Prof. Einstein geborener Ulmer, also Württemberger, ist und erst im 21. Lebensjahr die Schweizer Nationalität angenommen hat, aus Gründen, die mir nicht bekannt sind, die aber mit seiner Laufbahn möglicherweise im Zusammenhang stehen. Um ja nicht etwa Deutschland diesen genialen Kopf zu verlieren zu müssen, wird von Seiten der wissenschaftlichen Welt der Entente Staaten die Schweizerische Nationalität Einsteins geradezu kampfhaft betont. Der Artikel der „Deutschen Zeitung“ wird damit noch viel weniger begreiflich.

In vorzüglicher Hochachtung
Dr. Ernst Wedder-Heilbronn.

Preussische Landesversammlung.

Die Landesversammlung nahm die Gütertarifserhöhungen endgültig an, und zwar unangetastet, wie es der Ausschuss durch den Mund des Genossen Reumann-Wagelburg empfohlen hatte. Bei der dritten Lesung wiederholte der Unabhängige Paul Hoffmann vor fast leeren Rängen seine Rede aus der ersten Beratung, die sich mit Personalarifsen, Wertflächen-Erhöhungen und dergleichen, nur nicht mit den Güertarifen beschäftigte. Auch durch die Bitte des Präsidenten Leinert, zur Sache zu sprechen, ließ er sich gar nicht hören.

Prozess Erzberger-Helfferich.

Bevor heute die Verhandlung über den Fall „Gopak“ eröffnet wurde, nahm Geheimrat v. Gordon zur Erwiderung auf die Beweisansprüche des Verteidigers Dr. Alsbach, am letzten Freitag zu einer längeren Erklärung des Wort, um nachzuweisen, daß die gegenwärtigen Angriffe auf die Glaubwürdigkeit Erzbergers hinfallen sind. — Es entspann sich dann eine längere Debatte über das Arbeitspensum, welches das Gericht noch bei den vorliegenden Fällen und den noch nicht ganz erledigten Fällen zu bewältigen haben wird. Der Vorsitzende teilt mit, daß auf Wunsch des Reichsfinanzministers in dieser Woche an den ersten vier Tagen verhandelt wird, während am Freitag und Sonnabend die Sitzungen ausfallen. Man hofft, noch in dieser Woche mit der Beweisnahme fertig zu werden, so daß in der kommenden Woche die Plädobiers beginnen können.

der „Ball Gopak“

verhandelt. Helfferich: Ich erinnere daran, daß es der Reichsfinanzminister Erzberger in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Waffenstillstandskommission war, der die verhängnisvollen Verhandlungen über die Auslieferung unserer Handelsflotte geführt hat, und zwar mit einer Eigenmächtigkeit, die wohl beispiellos dasteht.

Rechtsanwalt Friedländer: Hierin erkläre ich, daß Herr Erzberger am 27. Januar und am 28. Mai 60 Stück Gopak-Aktien gekauft hat. Es heißt doch wohl schätzlich einem Minister frei, Aktien zu kaufen, die er für richtig hält. Wir wollen jedoch festhalten, daß zu der Zeit, als der Herr Redner seine Aktien erwarb, in der Presse bereits alles über die Auslieferung der Handelsflotte und die vom Reich gewährte Unterstützung der Reedereien bekannt war. Herr Erzberger hat sich zu dem Ankauf der Aktien veranlaßt gesehen, durch die Erzeugung, die in der Öffentlichkeit herrschte. Er hat dadurch sein unerwünschtes Vertrauen zu dem bleibenden Wert der deutschen Schiffahrtswerte gefunden wollen.

Erzberger: Im Dezember 1919 war der Waffenstillstand abzulaufen. Bei den Verhandlungen über die Verlängerung stellte General Koch die Forderung, daß unsere Flotte für die Dauer des Waffenstillstandes zur Verfügung gestellt werde, um Lebensmitteltransporte usw. zu machen. Durch einen von mir beauftragten Marinefachverständigen wurde festgestellt, daß die Schiffe deutscher Welt

blieben und daß sie nur auf bestimmte Zeit in den Weltpool übergeben. Es wurde ein deutscher Retentionsmann zur Kontrolle nach London entsandt. Nur unter diesen Bedingungen wurde der Waffenstillstand verlängert und die Lebensmittelzufuhr besonnen. Die deutschen Unterhändler befanden sich in einer überaus schwierigen Lage. Nach vielen Besprechungen und reiflicher Überlegung entschied ich mich schweren Herzens zu der Verfügungsfähigkeit unserer Schiffe. Die Reederei waren natürlich sehr unwillig. In einer Sitzung des Staatsministeriums wurde ich wegen der Auslieferung der Schiffe scharf angegriffen. Man sagte, die Flotte sei dem Feinde ausgeliefert worden. Ich betonte, daß hiervon nicht ein Wort im Vertrauen habe, sondern daß die Schiffe befristet zur Verfügung gestellt seien. Um aber aller Welt mein Vertrauen zur Zurückgabe unserer Schiffe zu zeigen, schrieb ich am 25. Januar 1919 an meine Bank und gab ihr den Auftrag, 40 Anteile der Gopak für mich zu kaufen. Ich erklärte dies öffentlich, doch ich selbst habe über das Kaufgeschäft keine Mitteilung gemacht. Ich wollte ein persönliches Risiko einbringen, um zu zeigen, wie fest diese meine Ansicht sei. Meine Absicht war lediglich, die Reederei und die Öffentlichkeit zu beruhigen.

Erzberger (fortsetzend): Am 28. März 1919 habe ich durch dieselbe Bank 40 Aktien zum Tageskurs kaufen lassen. Ich habe das aus denselben Gründen getan, habe oft darüber gesprochen und bin an Herrn Helfferichs Herantreten, ob er nicht auch Aktien der Gopak kaufen wolle. Am 28. November 1919 habe ich dann alle meine Aktien verkauft, um Geld zur

Zeichnung für die Sparpremiennote

zu bekommen. — R.-A. Alsbach: Erzählen Sie, Sie sagten, Sie haben die Mitteilung, daß Sie die Aktien kauften, nicht beheimlichen wollen. Haben Sie es auch weiteren Kreisen mitgeteilt, oder Sie die Aktien kauften? — Erzberger: Ich kann das unter meinem Eid nicht genau aussagen. Ich habe, nachdem ich die Aktien gekauft habe, mit vielen Herren, zum Beispiel mit dem Minister Giesberts und dem Oberbürgermeister Sahm in Danzig, darüber gesprochen. — R.-A. Alsbach: Ich lege Gewicht darauf, daß Sie das noch dem Ankauf getan haben. Ich möchte Sie nun fragen, ob Sie nicht, obwohl die Entschädigungsfrage zum Geschäftsbereich des Reichswirtschaftsministeriums und nicht zum Reichsfinanzministerium gehörten, Ihre Tätigkeit ohne Zuziehung des Reichswirtschaftsministeriums als Finanzminister und als Aktienbesitzer über die Entschädigung verhandelt haben? — Erzberger: Das ist richtig. Im Juni kamen die Herren von den Reedereigesellschaften zu mir nach Weimar und wollten mich sprechen. Es fanden dann Verhandlungen statt, ich fragte die Herren, was sie brauchten, und diese haben mir dann die diesbezügliche Mitteilung gemacht. Die Herren haben mich darum gebeten, im Reichswirtschaftsministerium wurde nachher darüber weiterverhandelt.

Rechtsanwalt Alsbach: Diese Verhandlungen wurden geführt, als noch kein Schiff entliehen war? — Erzberger: Die Entschädigung ist ja erst dieser Tage eingeleitet. Als Mitglied des Kabinetts mußte ich für die Abfindung der Reedereien eintreten. Das war meine pflichtgemäße Herbeizugung, ob ich nun Finanzminister war oder nicht. — Helfferich: Sind die Gelder von Ihnen nicht zu einer Zeit verteilt worden, als die Reedereien dafür gar keine Verwendung hatten? — Erzberger: Die Gelder wurden bei einer Treuhändergesellschaft eingezahlt. Um deren Verwaltung habe ich mich nicht gekümmert. — Rechtsanwalt

Alsbach: Das Reichsfinanzministerium! Hier ist der Vertrag nämlich. (Hält den Vertrag hoch.) Haben Sie Herr Geheimrat Guno im Juli 1919, als über

die Höhe der Entschädigung

verhandelt wurde, als Entschädigung das Dreifache des Preiswertes zugesagt? Der Vorschlag ist gemacht worden zu einer Zeit, als noch nicht ein Stück entliehen war, zu einer Zeit, als die Schiffe unter dem Frachtabkommen fuhrten und die Reedereien sehr hohe Einnahmen daraus bezogen. — Erzberger: Die Herren haben sich im Gegenteil über nur geringe Einnahmen beschwert. Ueber die anderen Fragen müßte ich mich erst in meinem Privatbureau informieren.

Fortsetzung in der Morgenausgabe.

Wirtschaft.

Schule II.

Im Mai vorigen Jahres beschäftigte sich der „Ausschuss für Volkswirtschaft“ mit der Lederbewirtschaftung. Aus den Verhandlungen, die von so tief einschneidender Bedeutung geworden sind, soll folgendes in Erinnerung gebracht werden:

Es wurde dargelegt, daß die Lederereien nur noch mit 18 Prozent der Produktionsmenge arbeiten und daß der größte Teil der Leder- und Schuhfabriken zum Stillstand gekommen sei, daß also amerikanische und japanische Schuhe gelieft werden müßten! Aber das Reich habe im Ausland keinen Kredit. Ein kaufmännischer Selbstverwaltungskörper, ein Syndikat, wolle gleichfalls hemmend. Es sei besser, im Inland teure Waren zu haben als gar keine. Die stillgelegten Betriebe seien zwar gut entschädigt worden. Die Zwangswirtschaft sei doch nur ein durchschießendes Sieb, durch das die Lederhüllen hindurchfallen, die Demoralisation sei zu weit vorgeschritten. Ein Regierungsvertreter sagte: „Wenn der freie Handel glaubt, und in Aussicht stellen zu können, daß er selbst ohne Handel so vernünftig operieren wird, daß alle die gemeinsamen wirtschaftlichen Gesichtspunkte unbedingt berücksichtigt werden, so tut es mir leid, sagen zu müssen, daß wir uns auf die Selbstkritik nicht verlassen können. Es kann auch nur an einer Stelle, wo alle Bedürfnisse zu gleicher Zeit gegeneinander abgeplant werden, festgelegt werden, wie die verschiedenen Dringlichkeiten maßgebend sein werden und wie weit wir unsere Sparmaßnahme und Entlastungsmaßnahmen ausüben müssen. Darüber müssen wir uns doch alle klar sein, daß wir in der Situation, in der wir uns nun einmal befinden, außerordentlich sparsam werden wirtschaften müssen und daß man in Berlin nicht mehr leben können wie in New York oder in London.“

Achtung, Betriebsratswahlen!

Das Zentralwahlbureau der S.P.D. Betriebsräte befindet sich Lindenstr. 114, v. IV. Jede Auskunft ist von dort einzuholen. Das Material und die Formulare für die Wahl werden Anfang dieser Woche dortselbst ausgegeben.

Minister Wiffell führte aus: „Nur eine planmäßige Führung der Wirtschaft mit der Unterordnung des einzelnen unter das Gesamtinteresse kann zu einem wirklichen Wiederaufbau der gesamten deutschen Wirtschaft führen.“

Die Frage, um die es sich hier dreht, ist die: für freien Handel oder für gebundene Wirtschaft? Jetzt hoffen diejenigen, die mit aller Gewalt ihre Privatinteressen selbst auf Kosten größter wirtschaftlicher Unordnung durchsetzen wollen, ihren Profit machen zu können. Sie glauben, daß jetzt die Zeit gekommen ist, um das von ihnen erstrebte Ziel zu erreichen. Bei der Aufhebung der gebundenen Wirtschaft wird naturgemäß eine starke Erhöhung der Preise eingeleitet. Das kann nur den großen, kapitalkräftigen Firmen zugute kommen. Was bei freier Wirtschaft die beteiligten Kreise zu erwarten haben, das zeigen die Folgen der Beseitigung der Höchstpreise von rohem Schmelz, Gummi, und Anilin. Der Kaufkraft hat bei dem gesamten Gefälle von einem Großbetrieb hat hier ein sprunghaftes Aufschwimmen der Preise um tausende Prozent bewirkt. Da zeigt sich der Segen der Freiheit. Die Versorgung der Berufsarbeiter mit Lebensmitteln hat die Zwangswirtschaft restlos erfüllt. Im Jahre 1918 gelangten insgesamt an neuem lebendem Arbeiterlohnwerk zur Abgabe: 2.005.000 Paar. Die Aufhebung dieser Regelung birgt eine schwere Gefahr für die deutsche Volkswirtschaft in sich, im freien Handel ist die Beschaffung dieses Schuhwerks für diese Arbeiterkreise in Frage gestellt.“

Den Ausführungen Wiffells wurde entgegnet: „Die Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums hätten einer Ökonomiepolitik das Wort geredet, während man eine möglichst leistungsfähige Produktionswirtschaft notwendig habe. Zu diesem Zweck sei die Voraussetzung die Organisation von Waren. Müßte man die Ware heranzuführen, um überhaupt eine Lederwirtschaft zu ermöglichen, so bedürfte es einer Anpassung an die Weltmarktwirtschaft. Heute hätten die Inlandzwingungspreise noch unter Weltmarkt. Man könne aber keinen Inland- und Auslandspreis für Häute und Leder und darauf gefertigte Ware in Deutschland nebeneinander aufrechterhalten.“

Zu beachten sei auch das außerordentliche Staatsrisiko, das das Deutsche Reich bei Fortbestand der Beschlagnahme und der Höchstpreise für den Fall eingehe, daß ein Sturz der Häute- und Lederpreise auf dem Weltmarkt einträte. Es sei gar nicht zu verantworten, dem Staate eine solche Gefahr aufzuerlegen.“

Die Beratungen des Ausschusses wurden vertagt und erst am 28. Juli wieder aufgenommen.

Teure Schuhe haben wir offensichtlich genügend erhalten; die Schuhhändler erlassen große Angebote in den Zeitungen. Aber trotz des großen Bedarfs stockt der Absatz, weil die Kaufkraft der Massen nicht ausreicht, sie abzunehmen. — str.

Groß-Berlin

Die Elternbeiratswahlen in den Vororten.

Ueber die gestrigen Wahlen liegen noch folgende Resultate vor. Es erhielten Stimmen (die eingeklammerten Zahlen geben die Mandate an):

	S.P.D.	U.S.P.	Christl.-Unabh.
Marxshorst	190 (7)	124 (4)	386 (10)
Trenthor-Waumschloßweg	— (19)	— (32)	— (19)
Tempelhof	275 (6)	508 (14)	1519 (24)
Waldhof	— (4)	— (24)	— (18)
Wriez	— (7)	— (19)	— (18)
Bernau	120 (—)	818 (—)	299 (—)
Teltow	— (3)	— (5)	— (6)
Raußdorf	90 (—)	— (—)	188 (—)

(Die U.S.P. hat die Frist zur Einreichung der Liste verstreut. Die Liste des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten erhielt 83 Stimmen.)

In unserem Morgenblatt ist bei Niederschönhausen eine Vermählung der U.S.P. und S.P.D. Stimmen vorgekommen. Es muß richtig heißen: S.P.D. 223 (8), U.S.P. 483 (18). Bisher sind nach den vorliegenden Resultaten gewählt: 195 S.P.D., 289 U.S.P. und 380 unpolitische Elternbeiräte.

Eine Straßenbahnfahrt — 60 Pf.?

Eine Lokalkorrespondenz meldet:

Zu der bevorstehenden weiteren Erhöhung des Straßenbahntarifs erörtern wir von uninteressierter Seite, daß die ersten Beschlüsse der zuständigen Stellen erst Anfang März zu erwarten sind und daß die Tarifkommission Groß-Berlin, die das letzte Wort zu sprechen hat, vornehmlich erst Ende März dazu Stellung nehmen wird. Schon jetzt muß die Öffentlichkeit aber damit rechnen, daß der wachsende Preisbeitrag der Großen Berliner Straßenbahn und der Berliner U-Bahnen und die weiter steigenden Unkosten eine Erhöhung des Fahrpreises auf 40 Pf. auf die Dauer nicht als ausreichend erscheinen lassen. Wenn die Tarifkommission sich zunächst in dieser Höhe bewegen sollte, würde es sich dabei nur um einen vorübergehenden Zustand handeln können. Ebenso wie die Stadtbahnen, die genötigt sind, ihre Fahrpreise um 100 Prozent zu erhöhen, müßte auch die Große Berliner Straßenbahn ihren Tarif auf das Doppelte erhöhen, also auf 80 Pfennig. Erst dieser Tarif würde nach der jetzigen wirtschaftlichen Lage der Großen Berliner Straßenbahnunternehmen ein Arbeiten ohne Verlustbeitrag ermöglichen. Sollte ein geringerer Fahrpreis als 80 Pf. beschlossen werden, so würde nur die Frage sein, wie lange sich dieser neue Tarif mit aufrechtzuerhalten lassen. Zum Vergleich sei angeführt, daß Eisen dieser Tage den Straßenbahnfahrpreis auf 70 Pf. erhöht hat!

Es war uns leider nicht möglich, an zuständiger Stelle über diese Meldung eine Auskunft zu erhalten. Nach unseren Informationen dürfte aber tatsächlich eine 100prozentige Erhöhung des Fahrpreises notwendig werden, da die Große Berliner mit einem Defizit arbeitet, das nahe an 20 Millionen Mark heranreicht. Nur dadurch, daß heute jeder Wagen die doppelte Zahl an Passagieren aufnimmt, wird die Gesellschaft vor einem größeren Defizit bewahrt. Dieser Zustand muß natürlich schon im Interesse der Sicherheit des fahrenden Publikums beseitigt werden. Ob dazu eine Erhöhung des Fahrpreises auf 80 Pf. notwendig ist, wird genau zu prüfen sein.

Der Frauenmörder verhaftet?

Der Frauenmord in der Liedstraße scheint seiner Auflösung nahe zu sein. Unter dem dringenden Verdacht der Täterschaft ist der 20 Jahre alte Gelegenheitsarbeiter Fritz Koch verhaftet worden. Als der frühere Geliebte der Ermordeten wegen Unterschlagung festgenommen und beurteilt wurde, fand sie in Koch gleich „Erfolg“, ohne ihre Beziehungen zu dem Verhafteten abzugeben. Koch pochte das aber nicht, um so weniger, als sie den Verhafteten im Gefängnis auch öfter besuchte und ihm dort allerlei zulegte.

Am Sonnabend machte sie ihrem ersten Geliebten wieder einen Besuch. Von Eifersucht geplagt, suchte Koch sie überall, ohne sie zu finden. Ohne sein Wissen besuchte das Mädchen dann auch noch eine Kinospielung. Als es nach diesem Kinobesuch bei dem Schankwirt Lehmann in der Liedstraße, bei dem beide zu verkehren pflegten, einkehrte und erfuhr, daß Koch auch dort nach ihr geirrt habe, äußerte sie schon ihre Verärgerung, weil sie ohne sein Wissen nach Tegel und ins Kino gegangen war. Eine Zeugin befand, daß gegen 12½ Uhr nachts, also zu der Zeit, in der das Mädchen zuletzt auf der Straße gesehen wurde, auch Koch dort in der Gegend noch gesehen worden ist.

Es besteht der dringende Verdacht, daß Koch mit ihr zusammen nach Hause gegangen und sie aus Eifersucht umgebracht hat. Er bestritt das zwar noch und will einen Alibiweis führen. Dieser und anderes Material, das ihn weiter belastet, wird augenblicklich noch nachgeprüft.

Zentrale für Einigung Reußlin. Dienstag 7 Uhr bei Ruzh, Reußlin, Uten, Gde Hermannstraße: Mitgliederversammlung.

Gekaufte Gabeln. Bei der Berliner Teppichfirma W. Jeksa u. Co., Bethanienufer 8, sind kürzlich durch Einbruch entwendet worden: zwei neue Gabeln (Genuß und Amor), drei neue Gabeln (Wein, Weiß und Genuß) und ein deutscher Knüppel (24,5 Quadratzentimeter). Für die Wiedererlangung oder für Nachrichten, die zur Wiedererlangung führen, ist eine Belohnung von 6000 Mark ausgesetzt.

Reußlin. Neue Preise im Stadtbad. Der Badertarif ist von den städtischen Körperschaften bis auf weiteres wie folgt festgesetzt worden: 1 Brausebad 0,80 M., 1 Schwimmbad für Erwachsene 0,70 M. (10 Bäder 6,80 M.), 1 Schwimmbad für Kinder 0,40 M. (10 Bäder 3,80 M.). Für die Veranstaltung von Schwimmfesten beträgt die Gebühr 200 M. für Reußliner und 300 M. für auswärtige Vereine, sofern die Veranstaltung 8 Stunden nicht überschreitet. Diese geringe Erhöhung der Badertarife reicht natürlich bei weitem nicht aus, um die Unterhaltskosten des Stadtbades zu decken. So bleiben die voraussichtlichen Einnahmen um rund 350.000 M. hinter den Ausgaben zurück.

Dahlem gegen seine Verschlingung. Der Ortsausschuß von Berlin-Dahlem, aus allen Parteien zusammengesetzt, gibt im Namen der 6000 Einwohner Dahlems eine Erklärung ab, in der Einspruch gegen den Beschluß der Unterkommission des Ausschusses der Preussischen Landesversammlung zur Beratung des Gesetzentwurfes „Groß-Berlin“ erhoben wird, wodurch der Gutsbezirk Berlin-Dahlem geteilt und in seinen Teilen an den Verwaltungsbezirk Steglitz bzw. Wilmersdorf angegeschlossen werden soll. Es wird die Meinung der Berlin-Dahlemer geäußert und, falls der Entwurf Gesetzkraft erhält, die Angliederung Dahlems an den Verwaltungsbezirk Biesdorf-Ritzowsee-Wannsee.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Steglitz. Anmeldung von: 250 Gramm Jervallmehl, Nahrungsmittel für jugendliche, werdende Mütter, Kinder im 1.-6. Lebensjahre, Personen über 65-70 und über 70 Jahre alt. Verteilung von: 250 Gramm ungeschälter Weizenmehl, 250 Gramm Jervallmehl, 2 Päckchen Milchpulver, Kaugummi.

Hermendorf. Für Kinder im Alter bis zu 6 Jahren, werdende Mütter (vom 7. Monat an) und Kranke, denen Milch künstlich beibringen wurde, bei 1 Pf. und circa 2 Pf. 2 Päckchen Milchpulver.

Treptow. Auf 5a und 5b, sowie mit Kartoffeln nicht beliefert, 250 Gramm Teigwaren und 250 Gramm Suppenwürfel, 500 Gramm Erbsen (84), 500 Gramm Bohnen (85), 1 Paket Nudeln (88). Für Kinder im 1. und 2. Jahr 1000 Gramm Getreide und 2 Pakete Einheitsmehl (A. I und II der Weizenart), im 3. bis 6. Lebensjahre 500 Gramm Getreide und 2 Pakete Einheitsmehl (B. I und II, C. I und II). 250 Gramm Jervallmehl (K. 18).

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

6. Abt. Mittwoch 7½ Uhr, in den bekannten Bezirkslokalen: Jubiläum.

15. Abt. Versammlung aller Ämter, deren Kinder die 84., 88., 84., 123., 155. und 156. Gemeindefolge besuchen, Dienstag 7½ Uhr, im Maxshof, Marxstr. 18, 1. Hof.

1., 23., 24. und 25. Abt. Heute gemeinsamer Frantabend in der Kula, Georgenkirchstr. 2.

30. Abt. Jubiläum Mittwoch 7½ Uhr, Doppelallee, Kaunes, Köpfer und Stargarder Straße, bei Koch, Stargarder Str. 10. Die zwischen Hummich und Grenzauer Allee wohnenden Genossen bei Reine, Hellerstr. 2, Schönhauser Allee und Hummichplay bei Lyster, Garmensylowstr. 5.

S.P.D. Aktionsausschuß der U.S.P.-Betriebe. Die Fraktionsführung findet Dienstag 3 Uhr bei Siegel, Quittenstraße, statt.

Reußlin. „Vorwärts“-Feier und Frunde unserer Sache, deren Kinder die Vorkurs und das Reußlinmuseum in der Kaiser-Friedrich-Straße besuchen, werden zu einer wichtigen Besprechung am Mittwoch 7 Uhr bei Schwengel, Uferstr. 8, eingeladen.

Tempelhof. Die heutige Vorstandssitzung findet bei Stähmann, Doststr. 20, statt.

Weddow. Mittwoch 8 Uhr: Frauenfestabend bei Wedder, Lindenstraße.

